

AUSGABE 4 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Lockerungen für Geimpfte

Städtetags-Konferenz mit Kanzlerin

Folgen des Lockdowns für Kinder
und Jugendliche lindern

Niedrigschwellige Impfangebote

Neues Portal gegen Hass und Gewalt

AUS DEN STÄDTEN

Deutscher Städtebaupreis 2020
geht nach Berlin

Riesa bekommt European Energy
Award

Düsseldorf will fahrradfreundlichste
Großstadt werden

FORUM

50 Jahre Städtebauförderung

Corona-Herausforderungen der
Städte weltweit

FACHINFORMATIONEN

Städtetag befürwortet Lockerungen für Geimpfte und Getestete

Der Deutsche Städtetag befürwortet Lockerungen bei den Corona-Beschränkungen für geimpfte, genesene und getestete Menschen. Solche Lockerungen sollten schrittweise vorgenommen werden. Dabei machte der kommunale Spitzenverband auch deutlich, dass ein Urlaub im Sommer ermöglicht werden sollte. Der Präsident des Deutschen Städtetages und Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung sagte nach einer Videokonferenz des Präsidiums des Deutschen Städtetages am 27. April:



Foto: Michael Bader

„Wir müssen verhindern, dass die Gesellschaft in Geimpfte und Nichtgeimpfte gespalten wird.“

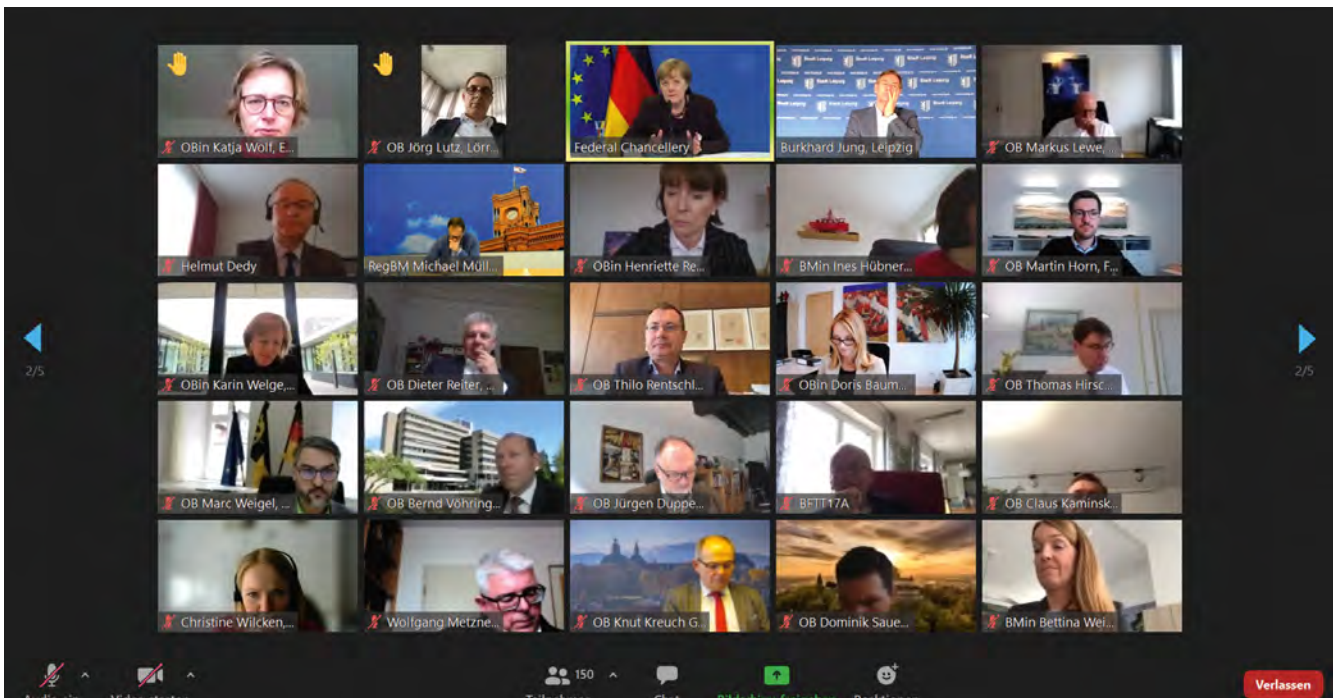
Oberbürgermeister
Burkhard Jung,
Präsident des Deutschen
Städtetages

„Deshalb sollten Geimpfte, Genesene und tagesaktuell negativ Getestete gleichbehandelt werden. Getesteten mit zertifizierten Tests sollten also ebenfalls mehr Freiheiten ermöglicht werden. Über solche Lockerungen sollten wir auch Anreize setzen, dass sich mehr Menschen impfen lassen.“

Lockerungen für Geimpfte, Genesene und Getestete sollten schrittweise erfolgen. „Zentrale und gut kontrollierbare Lebensbereiche sollten dabei im Vordergrund stehen. Der Stufenplan von Bund und Ländern aus März 2021 kann für Öffnungen ein geeignetes Beispiel sein kann. Dabei sollte auch in den Blick genommen werden, den Menschen Urlaub im Sommer zu ermöglichen. Wenn das Impfen Fortschritte macht, sollte diese Perspektive in Sichtweite kommen, hoffen wir“, sagte Jung.

Jung zeigte sich optimistisch, dass sich der überwiegende Teil der Menschen impfen lassen werde. Das Impfen sei der Schlüssel, um die Pandemie zu bewältigen. Es gebe Fortschritte, doch das Impftempo müsse deutlich beschleunigt werden. Dafür sei ein entscheidender Schritt, dass die Impfpriorisierung spätestens im Juni aufgehoben werden soll.

Die kommunalen Impfzentren nannte Jung für die kommenden Monaten weiter eine „zentrale Säule“. „Die Impfzentren und vor allem ihre mobilen Teams spielen auch dabei eine besondere Rolle, zurückhaltende Menschen gezielt niedrigschwellig anzusprechen. Wir brauchen einen breiten Erfolg bei der Impfkampagne, um das Virus zu besiegen. Das gelingt dann besonders gut, wenn wir trotz sozialer Unterschiede Menschen aus allen Bevölkerungsschichten für die Impfung gewinnen“, sagte der Städtetagspräsident.



Städtetags-Konferenz mit Kanzlerin

Eine Ehre für den Deutschen Städtetag: Am 19. April war Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gast beim Treffen der Mitgliedsstädte. Bestimmende Themen waren natürlich die Coronapandemie, der Infektionsschutz und das Impfen. Von rund 150 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister berichteten einige aus der Praxis und machten ihre Erwartungen an die Corona-Politik der Bundesregierung deutlich.

TITELFOTO

Wiedereröffnung der Neuen Nationalgalerie in Berlin – Rückkehr zur Normalität?!

Nach über fünf Jahren intensiver Sanierung ist Ludwig Mies van der Rohe's ikonisches Bauwerk wieder Teil der Berliner Museumslandschaft. Im August sind die ersten Ausstellungen geplant. Sofern die Corona-Lage das zulässt, lässt sich das Gebäude schon früher wieder erkunden. Ende Mai soll es Tage der offenen Tür geben.

(Foto: Marcus Ebener)

Folgen des Lockdowns für Kinder und Jugendliche lindern

Der Deutsche Städtetag hat den Bund aufgefordert, die geplanten 2 Milliarden Euro aus dem Corona-Aufholprogramm des Bundes für Kinder und Jugendliche schnell und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen. Und die Länder sollten dies durch eigene Mittel spürbar ergänzen. Markus Lewe, Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, sagte am 5. Mai gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND):

„Wir müssen Kindern und Jugendlichen unmittelbar helfen, damit sie soziale und psychische Folgen durch die Lockdowns bewältigen können. Auch die Aufholjagd nach verpasstem Lernstoff muss jetzt starten. Es ist deshalb gut, dass der Bund mit 2 Milliarden Euro konkrete Hilfen unterstützen will. Dazu gehören die Schulsozialarbeit, Nachhilfe, mehr Freizeitangebote und Ferienfahrten, auch die Unterstützung von Vereinen vor Ort.“

Wichtig ist: Wir dürfen keine Zeit und Kraft verplempern mit komplizierten Antragsverfahren. Die Mittel müssen unbürokratisch und schnell fließen, vor allem für mehr Personal. So können wir mit den bereits bestehenden guten und effektiven Hilfestrukturen in den Städten zusätzlich benötigte und niederschwellige Angebote schaffen. Angebote, damit die Kinder die Erfahrungen während der Pandemie verarbeiten können und die der ganzen Familie helfen. Bund, Länder und Kommunen wollen hier an einem Strang ziehen. Die Länder sollten dazu das Bundesgeld durch eigene Mittel spürbar ergänzen.“

Am 28. April, wenige Tage vor dem Beschluss des Bundeskabinetts für ein Corona-Aufholprogramm, hatte das Präsidium des Deutschen Städtetages nach seiner virtuellen Sitzung einen schärferen Blick von Bund

und Ländern auf die massiven Folgen der Corona-Lockdowns im Leben von Kindern und Jugendlichen angemahnt. Es forderte, mit wirksamen Hilfsmaßnahmen gegenzusteuern, zum Beispiel Nachhilfestunden, Sportangebote, Sommercamps und Sprachschulungen. Im Anschluss an die Sitzung sagte der Vizepräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster:

„Die Mittel müssen unbürokratisch und schnell fließen.“

Oberbürgermeister
Markus Lewe,
Vizepräsident des Deutschen
Städtetages

„Viele Kinder, Jugendliche und ihre Eltern bewältigen tagtäglich Herausforderungen durch die Corona-Krise. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Denn ohne sie wäre der Kampf gegen die Pandemie nicht zu gewinnen. Kinder und Jugendliche erleben mehr noch als die meisten Erwachsenen, wie gravierend die Corona-Pandemie ihren Lebensalltag einschränkt. Auch Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien sind besonders betroffen. Lange Phasen des Distanz- oder Wechselunterrichts in Schulen und starke Einschränkungen in Kitas, kaum Treffen mit Freunden, kein Training in den Sportvereinen, abgesagte Gemeinschaftsfahrten fordern ihnen allen viel Verzicht ab. Viele können keine Zukunftspläne machen, weil Ausbildungsplätze schwerer zu finden und die Perspektiven unsicher sind. Das hinterlässt Spuren in Körper und Seele bei Millionen von Kindern und Jugendlichen.“

Nach dem Lockdown lockt das Stadtgrün



Wo könnten die Menschen besser durchatmen und wieder Gutes für Körper und Geist tun, als im Grünen direkt vor ihrer Tür. Geben Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern zukünftig mehr von diesem Raum: mit dem Ausbau städtischer Park-, Sport- und Erholungsflächen.

Jetzt über die aktuelle Städtebauförderung für mehr Grün in Ihrer Stadt informieren:

www.gruen-in-die-stadt.de

GRÜN
IN DIE STADT



Ihre Experten für
Garten & Landschaft

„Grün in die Stadt“ ist eine Initiative des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V.

Unterstützt durch



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

**Deutscher
Städtetag**

Niedrigschwellige Impfangebote in sozial benachteiligten Quartieren

„Viele Städte haben in den vergangenen Wochen ihre Anstrengungen verstärkt, in sozial benachteiligten Quartieren intensiver niedrigschwellig über die Einhaltung von Hygienevorgaben zu informieren.“ Darauf hat der Hauptgeschäftsführer des Städtetages, Helmut Dedy, hingewiesen. Nun gehe es darum, den Menschen dort auch das Impfen stärker nahezubringen. Das sei für viele Städte ein Thema. Wörtlich sagte Dedy am 29. April gegenüber Medien:

„Wir müssen Menschen, die beim Impfen zurückhaltend und schwer erreichbar sind, gezielt und niedrigschwellig ansprechen, damit sich möglichst viele von ihnen impfen lassen. Wo die Wohnsituation von Menschen beengt

ist und es nur geringe Einkommen gibt, wo Menschen, zum Teil auch mit Migrationshintergrund, in sozial schwierigen Verhältnissen leben, müssen wir den Zugang zu Impfangeboten erleichtern.

Für einen breiten Erfolg der Impfkampagne müssen wir Menschen aus allen Bevölkerungsschichten erreichen. Soziale Unterschiede dürfen nicht dazu führen, dass ein Teil der Menschen abgehängt wird, weil für sie der Zugang zu Impfungen zu schwer ist. Die Strukturen in den städtischen Quartieren mit Stadtteilarbeit, Sozialarbeit, Kulturmittlern und Migrantenselbstorganisationen werden hier helfen können. Und wir werden mobile Impfteams stärker einsetzen müssen.“



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei Freischaltung des Portals „Stark im Amt“ mit Ehefrau Elke Büdenbender, Tatjana König, Vorständin der Körber-Stiftung (rechts) und den Präsidenten der drei kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Burkhard Jung, Landrat Reinhard Sager und Bürgermeister Uwe Brandl (v.l.n.r.).

Neues Portal „Stark im Amt“ unterstützt Kommunalpolitik bei Hass und Gewalt

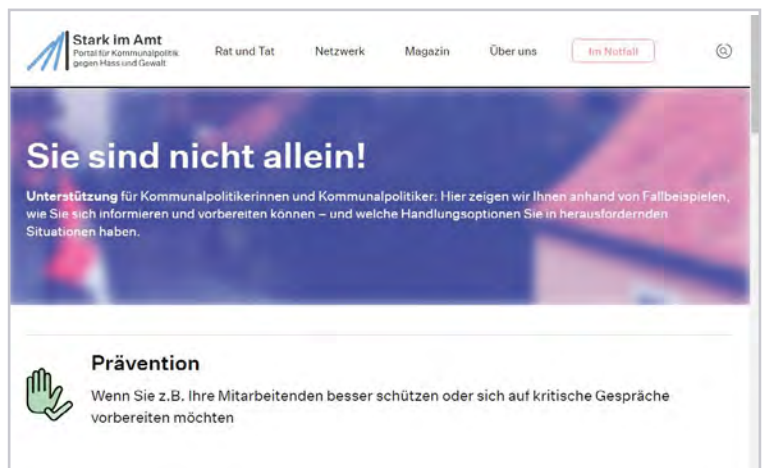
Von Laura Krause

Jede zweite Bürgermeisterin und jeder zweite Bürgermeister wurde schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen. Fast 40 Prozent verzichten auf die Nutzung sozialer Medien. Und fast jeder Fünfte hat aus Sorge um die eigene Familie schon einmal darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen.

Wer Menschen angreift, die sich für unser Gemeinwesen einsetzen, greift immer auch unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft an. Politischer Streit, auch hart in der Sache, ist in einer Demokratie notwen-

dig. Aber wir müssen respektvoll miteinander umgehen. Hass und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

www.stark-im-amt.de – das „Portal für Kommunalpolitik gegen Hass und Gewalt“ bietet Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Haupt- und Ehrenamt ein passgenaues Unterstützungsangebot. Das Portal beinhaltet Leitfäden zum Umgang mit Hass und Gewalt, stellt verschiedene Angebote von Anlaufstellen vor und nimmt im Magazinbereich die Erfahrungen von Betroffenen sowie von Expertinnen und Experten in den Blick.



Die Idee zum Portal ist im vergangenen Jahr zwischen dem Deutschen Städtetag und der Körber-Stiftung entstanden. Es ist eine große Ehre, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Schirmherrschaft für das Portal „Stark im Amt“ übernommen hat.

Am 29. April 2021 wurde das Portal durch seinen Schirmherren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einem Live-Stream freigeschaltet. Städtetagspräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung diskutierte im Live-Stream gemeinsam mit den anderen Kooperationspartnern die Auswirkungen von Hass und Gewalt auf unsere Demokratie.

„Wir stehen als Städte ein für Demokratie und einen respektvollen Umgang miteinander. Wir müssen konsequent dagegenhalten, wenn Menschen in der Kommunalpolitik verhöhnt, beleidigt oder gar angegriffen werden“, betonte Jung. Daraus erwachse auch ein klarer Auftrag an die Gesellschaft. „Wir müssen stärker dagegen angehen, dass eine Minderheit in unserer Gesellschaft Sprache und Stil politischer Auseinandersetzungen vergiftet und verroht.“ Diese Aufgabe gehe uns alle an. Alle gemeinsam müssten wir das Stoppschild hochhalten und der Kommunalpolitik den Rücken stärken, so Jung.

„Stark im Amt“ wird getragen von vielen Kooperationspartnern. Sie alle verfolgen das Ziel, für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde einzustehen. Neben dem Deutschen Städtetag, der Körber-Stiftung und den anderen Kommunalen Spitzenverbänden als Träger des Portals sind beispielsweise beteiligt das Deutsche Forum für Kriminalprävention, Staatsanwaltschaften, Polizeiaufstellungen, HateAid, Bundesverband Mobile Beratung e.V. oder #ichbinhier.

Und das Portal wächst weiter. Als Deutscher Städtetag möchten wir möglichst viele Informationen und Angebote zusammentragen, um Haupt- und Ehrenamt in der Kommunalpolitik bestmöglich zu unterstützen. Dafür brauchen wir Ihre Hinweise und Anregungen. Das Portal lebt vor allem von Ihren Erfahrungen.

Kommunalpolitik braucht Bürgernähe, Empathie und konstruktiven Dialog. Ohne die engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gerät unsere Demokratie aus den Fugen. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Menschen aus der Politik zurückziehen, weil sie bedroht oder angegriffen werden. Dafür braucht es wirkungsvolle Gesetze, konkrete Unterstützungsangebote und eine starke Zivilgesellschaft.

Laura Krause
Referentin Deutscher Städtetag



Beschlüsse des Präsidiums

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat in seiner Sitzung am 27. April 2021 unter anderem zu folgenden Themen Beschlüsse gefasst:

- Strategie im Umgang mit der Pandemie, Testen und Impfen
- Förderung von Kindern und Jugendlichen nach dem Lockdown
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern
- Finanzielle Unterstützung der Kommunen 2021/2022
- Rettungsschirm ÖPNV 2021
- Mietspiegelreformgesetz
- Wasserstoff und kommunale Infrastruktur
- Reform der Pflegeversicherung
- Europa als Wertegemeinschaft
- Deutscher Aufbau- und Resilienzplan (DARF)

Die Beschlüsse sind abrufbar unter:
www.staedtetag.de/positionen/beschluesse



Quartier am ehemaligen Blumengroßmarkt in Berlin (links) und Französisches Viertel in Tübingen (unten).



Deutscher Städtebaupreis 2020 geht nach Berlin, Sonderpreis nach Tübingen

Der alle zwei Jahre von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) mit maßgeblicher Unterstützung der Wüstenrot Stiftung verliehene Städtebaupreis geht für 2020 an das Projekt Quartier am ehemaligen Blumengroßmarkt in Berlin. Das Quartier in Berlin Kreuzberg stehe exemplarisch für einen kokreativen Stadtumbau, der das gemeinsame Leben und Arbeiten in den Mittelpunkt stelle und langfristig nachhaltige Entwicklungsstrategien im Quartier verfolge, so die Jury.

Der Sonderpreis zum Thema „Städtebau revisited: Preise – Praxis – Perspektiven“ wurde dem Projekt Städtebaulicher Entwicklungsbereich Stuttgarter Straße, Französisches Viertel in Tübingen zuerkannt. Das robuste städtebauliche Konzept und die Qualitäten des öffentlichen Raums seien Markenzeichen des Quartiers, das eine große Lebendigkeit ausstrahle, so die Jury.

Der Städtebaupreis ist mit 15.000 Euro und der Sonderpreis mit 5.000 Euro dotiert. Die Auszeichnungen erhalten 1.000 Euro und als vierte Kategorie werden Belobigungen ausgesprochen.

EUROPEAN
ENERGY
AWARD

Riesa bekommt European Energy Award

Die Stadt Riesa hat erneut eine Zertifizierung mit dem European Energy Award (eea) erhalten. Die Kommune musste die Auditierung, die ursprünglich im vergangenen Jahr hätte stattfinden sollen, pandemiebedingt verschieben. Der eea ist ein europäisches Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystem, das Kommunen dabei unterstützt, ihre Klimaschutzarbeit ganzheitlich zu organisieren. Dafür werden Stärken und Schwächen analysiert sowie Potenziale zur Energieeinsparung, der Energieeffizienz und des Einsatzes erneuerbarer Energien in kommunalen Einrichtungen identifiziert. Alle vier Jahre überprüfen externe Sachverständige, ob die jeweiligen Ziele erreicht wurden. 260 Städte und Gemeinden sowie 50 Kreise bzw. Landkreise nehmen derzeit am European Energy Award teil und sorgen für mehr Klimaschutz und Energieeffizienz.

➔ www.european-energy-award.de



ÖKONOMISCH. NACHHALTIG.

Der Tropos ABLE. 100% elektrisch.

FÖRDER-
FÄHIG¹



Abb. zeigt Sonderausstattung.

Platz für 2 Europaletten + 1 Gerätebox.
Kompakte 1,40 x 3,70 m (B x L).
Bis 700 kg Nutzlast. Anhängelast 300 kg.
Bis 260 km Reichweite.



¹ mehr Details zu den Fördermöglichkeiten auf www.tropos-motors.de/foerderung

tropos-motors.de



Immer mehr Düsseldorfer steigen aufs Rad und treten in die Pedale. Die 13 Dauerzählstellen im Stadtgebiet registrierten im letzten Jahr mehr als 7 Millionen (7.139.803) Radfahrende – rund 22 Prozent mehr als im Vorjahr. (Foto: Stadt Düsseldorf)

Düsseldorf will fahrradfreundlichste Großstadt werden

Bis 2025 will Düsseldorf es auf Platz 1 des ADFC-Fahrradclimatestes schaffen. Dafür plant die Stadt, ihre Radverkehrsprojekte erheblich zu beschleunigen, Radrouten als durchgängige Achsen schnell zu realisieren, das Radhauptnetz fertig auszubauen und Personal und Investitionen aufzustocken. Aktuell ist der Anteil des Radverkehrs am innerstädtischen Verkehr mit 19 Prozent fast so hoch wie der von Bussen und Bahnen. Dieser kommt auf 21 Prozent. Beim ADFC-Fahrradclimatest kommt die Stadt aktuell unter den 14 Großstädten ab 500.000 EinwohnerInnen auf Platz 8 (Vorjahr 9).

➔ www.duesseldorf.de/radschlag.



Historisches Gebäudeensemble um das Holsten Tor in Lübeck (Foto: pixabay, Achim Scholty)

50 Jahre Städtebauförderung – 50 Jahre Weiterentwicklung

Von Dr. Timo Munzinger

Seit 50 Jahren ist die Städtebauförderung eines der wichtigsten Instrumente zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Funktionalität, Wirtschafts- und Siedlungsstruktur. Durchaus ein Anlass zum Feiern, aber auch, um zumindest ansatzweise zu reflektieren und aus dem Rückblick und dem Status quo für die Zukunft zu lernen – denn selten ist etwas so gut, dass es nicht noch besser werden könnte.

Die Geburtsstunde der Städtebauförderung

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 1971 in München stand unter dem alarmierenden Motto „Rettet unsere Städte jetzt“. Die Zusammenkunft der deutschen Städte zeichnete ein grimmiges Bild der städtebaulichen Realität im Land und suchte nach Lösungen. Unzweifelhaft war der Ruf nach Städtebauförderung 1971 dringend geboten. Die Agenda der letzten 50 Jahre war und ist auch heute vielfältig – Bestandsschutz, Bestandserneuerung, Zent-

renentwicklung, Neubau von Infrastrukturen aber auch Rückbau.

Städtebauförderung als Daueraufgabe im Wandel der Zeit

Das Erfolgsrezept der Städtebauförderung der vergangenen 50 Jahre ist stets ihre Anpassungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Durch einen breiten inhaltlichen Ansatz können viele Herausforderungen vor Ort gelöst oder Probleme gemildert werden. Das bedeutet jedoch selten einen Abschluss der Aktivitäten, selbst wenn „schlussgerechnet“ wird. Städtebauförderung wird angesichts von gesellschaftlichen, sozialen, strukturellen, technologischen Veränderungen zu einer Daueraufgabe.

Die Städtebauförderung wandelt sich von einer in den ersten Jahren auf Kosten der noch bewahrten historischen Gebäude neuzentrierten Förderung („Kahlschlagsanierung“) zu einer kleinteiligen, behutsamen und beteiligungsorientierten Stadterneue-

rung. Und sie zeichnet sich durch die adaptive Ausgestaltung der Programme aus.

Jeder Euro Städtebauförderung löst ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Durch den sogenannten Multiplikatoreffekt trägt die Städtebauförderung gleichermaßen zur Wirtschaftsförderung und zur Beseitigung städtebaulicher Missstände bei. Die Städtebauförderung muss daher ihre Leistungsfähigkeit auch zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie unter Beweis stellen.

Eine zukunftsfreudige Städtebauförderung

Die Städtebauförderung wird die offenkundigen Veränderungen allein nicht bewältigen können. Aber sie muss Antworten geben können – wie etwa auf den drohenden Leerstand in den Innenstädten. Und sie muss das deutlich agiler tun als bisher. Diese Antworten liegen einerseits darin, zur Verbesserung der räumlichen Strukturen beizutragen, öffentlichen Raum attraktiv zu gestalten und Lebensqualität zu verbessern. Andererseits aber muss die Städtebauförderung auch akut und operativ Beiträge leisten – temporäre Anmietungen leergefallener Immobilien ermöglichen, Zwischennutzungen organisieren und Zwischenerwerb ermöglichen.

Inhaltlich ist die Städtebauförderung durch die Anpassungen im Jahr 2020 gut aufgestellt. Der größte Unterschied zu den vergangenen Jahren liegt darin, dass nun alle Kommunen zeitgleich vor denselben Herausforderungen stehen. Dies erfordert sowohl einen deutlich gesteigerten Mitteleinsatz als auch bürokratische und prozessuale Erleich-

terungen. Beide Maßnahmen – mehr Mittel und weniger Bürokratie – gehören ausdrücklich zusammen. Denn nur so kann eine sinnvolle und nachhaltige Verausgabung der Mittel erfolgen.

Der Deutsche Städtetag regt daher die folgenden Maßnahmen zur Vereinfachung und Flexibilisierung der Städtebauförderung an:

- Abstimmungsprozesse zur Verwaltungsvereinbarung und zu den Förderrichtlinien beispielsweise über eine mehrjährige Verwaltungsvereinbarung synchronisieren;
- Aufwand bei der Fördermittelbeantragung über integrierte Entwicklungskonzepte als Grundlage für mehrere Förderprogramme reduzieren;
- Kommunale Eigenverantwortlichkeit der Mittelverwendung durch kommunale Budgets auf Basis von Entwicklungskonzepten stärken;
- Übertragbarkeit der Fördermittel in die kommenden Jahre verbessern;
- Verteilung der Städtebauförderungsmittel durch integriertes Fördermittelmanagement vereinfachen und Verwaltungsaufwand für die ohnehin personell schwach ausgestatteten Kommunen durch Schnittstelle zwischen den Städten und den übergeordneten Ebenen verringern.

Der Erfolg der Städtebauförderung in den letzten 50 Jahren zeigt sich auch durch ihre Leistungsfähigkeit auf Veränderungen zu reagieren. Diese Leistungsfähigkeit gilt es nun auch unter Beweis zu stellen.

Dr. Timo Munzinger
Referent Deutscher Städtetag



Rheinauhafen mit Fernsehturm in Düsseldorf und Fachwerkhaus-Ensemble. (Fotos: pixabay, Michael Gaida)

Corona-Impfungen und Kommunikation: Die Herausforderungen der Städte sind weltweit ähnlich

Von Alice Balbo

Wie können Risikogruppen bei der Buchung von Impfterminen unterstützt werden? Wie werden vulnerable Menschen am besten erreicht? Wie überzeugt man jüngere Menschen, sich impfen zu lassen? Diese und weitere Fragen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Kommunalverbänden aus Deutschland, Israel, Kolumbien, Serbien und Togo im Rahmen zweier virtueller Workshops der internationalen Städte-Plattform „Connective Cities“ am 22. und 25. März 2021.

Seit Dezember 2020 organisieren weltweit zahlreiche Städte die Impfungen ihrer Bürgerinnen und Bürger gegen Corona. Sie müssen nicht nur für einen reibungslosen Ablauf der Impfungen sorgen, sondern auch mit innovativen Kommunikationsstrategien das Vertrauen der Menschen gewinnen und vulnerable Gruppen erreichen. Trotz oft unterschiedlicher nationaler

Rahmenbedingungen und Vorgaben stehen viele Städte weltweit vor ähnlichen Herausforderungen.

Stari Grad (Serbien)

In Serbien wird die Bevölkerung an 950 Standorten sowie von mobilen Teams in Studentenwohnheimen, Firmen und Dörfern geimpft. Die Mehrheit der Menschen, die im Stadtteil Stari Grad in der serbischen Hauptstadt Belgrad leben, ist bereits über 65 Jahre. Ihr Zugang zu digitalen Geräten begrenzt. Viele konnten ihren Impftermin nicht selbstständig auf dem staatlichen E-Government-Portal buchen. Deshalb richtete Stari Grad im Januar 2021 ein Call-Center mit fünf Mitarbeitenden ein, die proaktiv diese Risikogruppe kontaktierten und für sie einen Impftermin online buchten. Mitte März 2021 waren damit knapp 80 Prozent der über 65-Jährigen im Stadtteil geimpft.

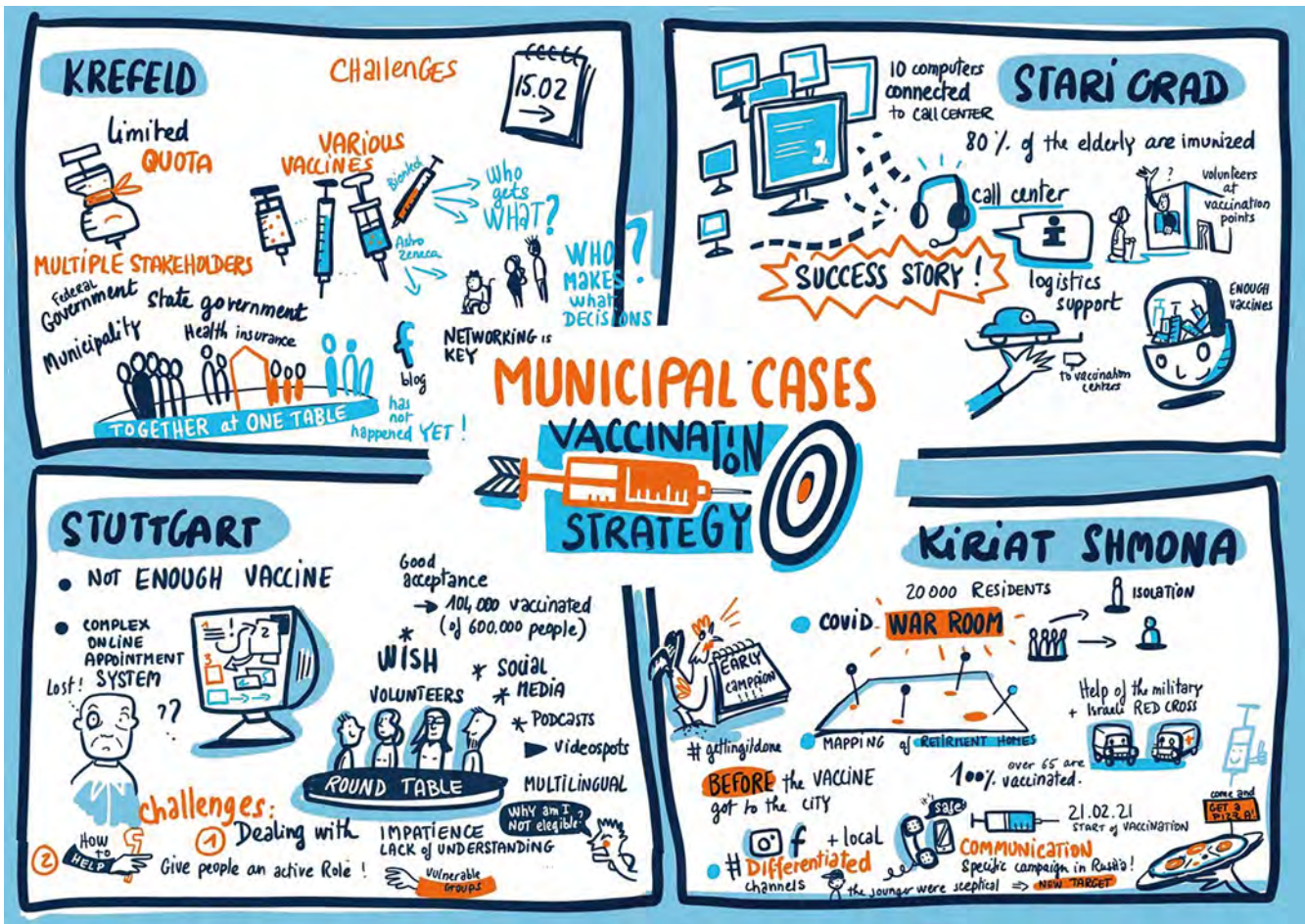
CONNECTIVE CITIES COVID 19 DIALOGUE

LOCAL IMPLEMENTATION OF
VACCINATION STRATEGIES &
RELATED COMMUNICATION
IN MUNICIPALITIES



Connective Cities

Die internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung „Connective Cities“ ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem Deutschen Städtetag, Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Das Vorhaben wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Seit 2014 bringt „Connective Cities“ deutsche Städte und Kommunen weltweit zusammen, um sich über Herausforderungen der nachhaltigen Stadtentwicklung auszutauschen.



Kiryat Shmona (Israel)

Innovative Ideen können auch außergewöhnlich aussehen. In der israelischen Kommune Kiryat Shmona gab es keinen Impfstoffmangel. Ein fester Zeitplan für die Impfreihenfolge wurde Anfang Februar 2021 veröffentlicht und schaffte eine breite Akzeptanz für die Impfpriorisierung. Als die über 60-Jährigen geimpft waren, stellte die Kommune fest, dass viele jüngere Menschen nicht bereit waren, sich impfen zu lassen. Neben einer aktiven Kommunikationskampagne mit Ärzten und Ärztinnen über die Sicherheit des Impfstoffs in den Sozialen Medien, veranstaltete Kiryat Shmona unter Einhaltung der Abstandsmaßnahmen auch lange Impfnächte mit Musik und Snacks für jüngere Menschen, die sehr erfolgreich waren.

Connective Cities

Dieser Austausch war Teil einer Veranstaltungsserie des Projektes „Connective Cities“. Das Vorhaben hat schnell auf den kommunalen Bedarf reagiert, sich zu den Auswirkungen der Corona-Krise in Städten auszutauschen. Mit dieser Veranstaltungsserie gibt „Connective Cities“ seit August 2020 deutschen Städten und Kommunen weltweit die Möglichkeit, ihre Erfahrungen zu teilen, sich gegenseitig zur Bewältigung der Corona-Krise zu beraten und innovative Ideen zu erarbeiten. Die Corona-Pandemie wird nur gemeinsam erfolgreich bekämpft. Solidarität auf kommunaler Ebene spielt auch international eine wichtige Rolle.

➔ www.connective-cities.net/themen/covid-19

Alice Balbo
Projektleiterin Connective Cities
Abteilung Europa und Internationales
Deutscher Städtetag

Handreichung: Straßennamen im Fokus einer veränderten Wertediskussion

Straßennamen stellen über Jahrhunderte hinweg ein „kollektives Gedächtnis“ dar. Sie sind ein Teil der Erinnerungskultur, spiegeln aktuelle Verhältnisse, Weltanschauung, Kultur, Herrschaftsverhältnisse und sie unterliegen einem Wandel. Außerdem dienen sie zusammen mit Hausnummern der Orientierung und der Auffindbarkeit aller Liegenschaften. Um den Kommunen eine Orientierungshilfe für die lokale Diskussion um Straßennamen zu geben, hat der Deutsche Städtetag eine Handreichung erarbeitet. Sie kann auch eine Hilfestellung geben, um das in der jeweiligen Stadt vorhandene Regelwerk zu überprüfen, zu ergänzen oder erstmals zu schaffen.

➔ www.staedtetag.de/handreichung-strassennamen



80 plus – Mit über 80 Jahren ...

Menschen mit 80 Jahren und darüber gehören nicht automatisch zum alten Eisen, sind nicht allesamt krank, gebrechlich, verwundbar und nicht mehr leistungsfähig, auch wenn viele der Hilfe bedürfen. In Kurzporträts belegt die Publikation, wie sich Menschen mit über 80 Jahren ehrenamtlich für andere Menschen einsetzen und wie dieses Engagement ihr Leben bereichert und anderen hilft. Herausgeber ist die Stiftung ProAlter. Deren Mitglieder treten für ein mehr chancen- und stärkeorientiertes Bild der über 80-Jährigen ein und möchten einem von Defiziten geprägtem Bild entgegenwirken. ➔ <https://stiftung-pro-alter.de>

Deutscher Städtetag



Foto: Steffen Media

Stefan Weigler, Bürgermeister der Stadt Wolgast hat sein Amt im Präsidium des Deutschen Städtetages niedergelegt. Er steht seit 2008 an der Spitze der Stadt Wolgast und möchte im Herbst für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern kandidieren. Weigler engagierte sich seit 2011 im Präsidium.

Wiederwahl



Foto: Georg Kronenberg

Marburg: Oberbürgermeister **Dr. Thomas Spies** wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt.



»»» Weiterdenker investieren heute. In die Kommune von morgen.

Die KfW fördert kommunale Unternehmen und Kommunen, die weiterdenken. Als größte deutsche Förderbank unterstützt die KfW sie dabei mit vielfältigen Finanzierungsangeboten. Nutzen Sie heute diese Möglichkeiten, um in Ihre regionale Infrastruktur zu investieren und Ihre Kommune auch in Zukunft attraktiv zu halten. Weitere Informationen unter [kfw.de/infrastruktur](https://www.kfw.de/infrastruktur)

Bank aus Verantwortung

KFW

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya